

Dienstag 29. Januar 2019

Nummer 832

[Der Newsletter als PDF](#)

Die Stiftung auf  und 

App der Robert Schuman Stiftung download über [Appstore](#) und [Google Play](#)

— Ich unterstütze die Robert Schuman-Stiftung —

Bewältigung der Klimaherausforderung zur Gestaltung der Zukunft Europas

Autor : Dominique Perrut



Die Klimafrage ist ein zentrales Thema für die kommenden wirtschaftlichen Herausforderungen, vor denen die Europäische Union steht. Laut D. Perrut, könnte die Union, durch die Übernahme der globalen Führungsrolle, für eine Klimaschutzstrategie, neue Impulse geben und die beste Antwort auf den Euroskeptizismus geben.

[Fortsetzung](#)

Übersicht

Stiftung : Atlas/EU - Ort/Wahlen **Kommission** : Fischerei - Mastercard - Daten - 5G - Japan **Rat der Europäischen Union** : Wirtschaft/Finanzen - Soziales - Landwirtschaft/Fischerei - Brexit/Meer **Diplomatie** : Afrika **Gerichtshof** : Immigration **EZB** : Bewertung/Risiken **Europäische Agenturen** : Mond **Deutschland** : Deutsch-Französisch **Spanien** : Cybersicherheit **Frankreich** : Google **Griechenland** : Mazedonien **Lettland** : Regierung **Großbritannien** : Bexit **Schweiz** : Davos **Europarat** : Russland - Türkei **NATO** : Russland **WTO** : E-commerce **Eurobarometer** : Antisemitismus **Eurostat** : Tourismus **Berichte / Studien** : Staatsbürgerschaft - Brexit - Holocaust - Eurozone - Erasmus+ **Kultur** : Manifest/Europa - Jazz/Dänemark - Musik/Prag - Ausstellung/London - Ausstellung/Den Haag - Kunst/Brüssel - Ausstellung/Basel - Festival/Krakau

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Stiftung :

Ständiger Atlas der Europäischen Union



Im Hinblick auf die bevorstehenden Europawahlen hat die Robert-Schuman-Stiftung eine neue Ausgabe des "Ständigen Atlas der Europäischen Union" veröffentlicht, der einen umfassenden Überblick über die Union, die Eurozone, jeden ihrer Mitgliedstaaten und ihre Überseegebiete gibt. Dieses Buch versorgt jeden Leser jederzeit mit den aktuellsten und objektivsten politischen und statistischen Informationen. Es ist in gedruckter Form auf der Website der Stiftung oder in Buchhandlungen sowie in digitaler Form erhältlich... [Fortsetzung](#)

Eine Website, um alles über die Europawahlen zu erfahren.

Vom 23. bis 26. Mai 2019 werden mehr als 300 Millionen Europäer aufgefordert, ihre 705 Abgeordneten für die nächsten fünf Jahre zu wählen. Wie bei früheren Wahlen verfügt die Robert-Schuman-Stiftung über eine eigene Website, um die Wahlen besser zu verstehen und den



Wahlkampf in den 27 Mitgliedstaaten zu verfolgen... [Fortsetzung](#)

Kommission :

Gewährleistung des Zugangs zu britischen Gewässern im Falle eines No-Deal Brexit



Am 23. Januar legte die Kommission zwei Maßnahmen vor, um die Auswirkungen eines Brexits ohne Fischereiabkommen abzumildern. Die erste würde es den EU-Fischern ermöglichen, eine Entschädigung für die vorübergehende Einstellung ihrer Tätigkeit zu erhalten. Die zweite würde den britischen Fischern den Zugang zu den europäischen Gewässern bis Ende 2019 garantieren, sofern das Vereinigte Königreich den europäischen Fischern den gleichen Zugang gewährt. Beide Vorschläge unterliegen dem ordentlichem Gesetzgebungsverfahren, und die Kommission erinnerte daran, dass sie daran arbeitet, ihr Inkrafttreten bis spätestens 29. März 2019 sicherzustellen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Geldbuße von 570 Mio. € für Mastercard



Am 22. Januar verhängte die Kommission gegen Mastercard eine Geldbuße in Höhe von 570 Mio. €, weil das Unternehmen die Möglichkeit, dass Händler von besseren Konditionen profitieren können, die von Banken mit Sitz in anderen Mitgliedstaaten angeboten werden, eingeschränkt hatte, was einen Verstoß gegen das EU-Kartellrecht darstellt. Die 2013 eingeleitete Untersuchung der Kommission kam zu dem Schluss, dass Einzelhändler aufgrund der Regeln von Mastercard für den grenzüberschreitenden Erwerb mehr für Bankdienstleistungen bezahlt haben. Die Regelungen von Mastercard haben Händler daran gehindert, bessere Konditionen von Banken in anderen Mitgliedstaaten in Anspruch zu nehmen. So wurden die Kosten für Kartenzahlungen künstlich in die Höhe getrieben – zum Nachteil der Verbraucher und der Einzelhändler in der EU." Die Geldbuße wurde nach der Zusammenarbeit von Mastercard um 10% reduziert... [Fortsetzung](#)

Interimsabkommen über die Wiederverwendung öffentlicher Daten



Die Verhandlungsführer des Parlaments, der Kommission und des Rates haben sich am 22. Januar auf eine überarbeitete Richtlinie geeinigt, die die Verfügbarkeit und Wiederverwendung von Daten des öffentlichen Sektors, einschließlich der für Umfragen verwendeten Daten, erleichtert. Alle nach geltendem Recht zugänglichen Inhalte des öffentlichen Sektors werden grundsätzlich frei zur Wiederverwendung zur Verfügung stehen, was für Unternehmen, die neue Märkte erschließen wollen, von Vorteil ist. Parlament und Rat müssen nun die neue Richtlinie formell verabschieden, die innerhalb von zwei Jahren von den Mitgliedstaaten umgesetzt werden sollte... [Fortsetzung](#)

Radiofrequenz-Harmonisierung für 5G



Am 24. Januar verabschiedete die Kommission einen Rechtsakt zur Harmonisierung der für den einheitlichen Einsatz von 5G in Europa erforderlichen Funkfrequenzen - in Übereinstimmung mit dem Europäischen Kodex für elektronische Kommunikation, der im Dezember 2018 in Kraft trat. Das 3,6-GHz-Band wurde als Hauptträger von 5G identifiziert, das insbesondere bei der Entwicklung von autonomen Autos und vernetzten Systemen eingesetzt wird... [Fortsetzung](#)

Grünes Licht für den freien Datenverkehr zwischen der Europäischen Union und Japan



Am 23. Januar verabschiedete die Kommission eine Entscheidung zum Thema Japan, die den freien Verkehr personenbezogener Daten zwischen den beiden Einheiten auslöst und den größten digitalen Sicherheitsbereich der Welt schafft. Diese Angemessenheitsentscheidung ergänzt den gleichwertigen Beschluss der japanischen Seite vom selben Tag sowie das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, das am 1. Februar in Kraft tritt. Dieser Rahmen wird innerhalb von zwei Jahren überprüft... [Fortsetzung](#)

Rat der Europäischen Union :

Schlussfolgerungen des Rates Wirtschaft und Finanzen



Die 28 Finanzminister haben auf ihrer Tagung vom 22. Januar das Programm InvestEU erörtert, in dem die verschiedenen derzeitigen Finanzinstrumente zur Unterstützung von Investitionen und der Schaffung von Arbeitsplätzen im Rahmen des mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 zusammengefasst sind. Sie konzentrierten sich auf die Verwaltung dieses Programms und auf andere, als die von der Europäischen Investitionsbank bereitgestellten, Finanzgarantien. Sie erörterten auch die Revision des Europäischen Systems der Finanzaufsicht, die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion nach dem Gipfeltreffen der Eurozone im Dezember und die Prioritäten der rumänischen Ratspräsidentschaft im Wirtschafts- und Finanzbereich... [Fortsetzung](#)

Vorläufige Vereinbarung zur Richtlinie über die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben



Das Parlament und der Rat haben am 24. Januar eine vorläufige Einigung über eine neue Richtlinie zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie von Eltern und Betreuern erzielt. Die Vereinbarung sieht eine europäische Mindestnorm von 10 Tagen Vaterschaftsurlaub nach der Geburt des Kindes vor, die zu erwartende Geldsumme ist genau so hoch wie ein Krankengeld, das man erhalten würde, wenn man krank wäre. Es stärkt das derzeitige Recht auf 4 Monate Elternurlaub durch 2 Monate nicht übertragbaren und bezahlten Urlaub. Es sieht auch 5 Tage Urlaub pro Jahr für Pflegekräfte (Arbeitnehmer, die einer im selben Haushalt lebenden Person helfen) vor. Erwerbstätige Eltern und Betreuer können verlangen, ihre Arbeitsmethoden durch Telearbeit oder flexiblere Arbeitszeiten anzupassen. Der Text muss nun von den Mitgesetzgebern formell angenommen werden... [Fortsetzung](#)

Schlussfolgerungen des Rates Landwirtschaft und Fischerei



Die für den Rat Landwirtschaft und Fischerei am 28. Januar zuständigen Minister erörterten die Prioritäten der rumänischen Ratspräsidentschaft, einschließlich der Kohäsion als gemeinsamen europäischen Wert. Sie erörterten auch die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) für den Zeitraum 2021-2027 und der Gemeinsamen Marktorganisation (GMO), einschließlich der möglichen Öffnung des Marktes für neue Trauben. Die Kommission hat ihnen auch einen Bericht über die Entwicklung pflanzlicher Proteine in der Europäischen Union vorgelegt... [Fortsetzung](#)

Maßnahmen zur Sicherheit im Seeverkehr nach dem Brexit



Im Hinblick auf den Brexit haben die Vertreter der Mitgliedstaaten am 25. Januar das vorläufige Abkommen zur Änderung der Regeln für die Bewertung von Organisationen, die zur Durchführung von Schiffsüberprüfungen befugt sind und deren Aufgabe es ist, die Sicherheit von Schiffen zu gewährleisten und die Meeresverschmutzung zu verhindern, genehmigt. Da Großbritannien zwei von diesen Prüfern genehmigt hat, sehen die neuen Regeln vor, dass die erneute Bewertung dieser Prüffirmen nach dem Brexit in einem anderen Land durchgeführt werden kann. Der Text muss nun vom Parlament und vom Rat förmlich angenommen werden... [Fortsetzung](#)

Diplomatie :

Ministertreffen EU-Afrikanische Union



Die Außenminister der Europäischen Union und der Afrikanischen Union (AU) haben auf ihrer Tagung am 21. und 22. Januar die Umsetzung der Ziele des 5. Gipfels im November 2017 überprüft. Sie erörterten das Thema der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, insbesondere im Hinblick auf die Errichtung einer afrikanischen kontinentalen Freihandelszone. Sie erörterten auch Frieden, Sicherheit, Regierungsführung und Migration und kamen überein, ihre Beziehungen und Zusammenarbeit in diesen Bereichen zu stärken. Sie diskutierten auch Klimafragen und die Bedeutung des Multilateralismus auf der internationalen Bühne... [Fortsetzung](#)

Gerichtshof :

Haftung nach der Dublin-III-Verordnung

In einem Urteil vom 23. Januar hat der Gerichtshof festgestellt, dass die britische Entscheidung, die Europäische Union zu verlassen, das Land



nicht von den Verpflichtungen aus der Dubliner Einwanderungsverordnung befreit... [Fortsetzung](#)

EZB :

Unveränderte Zinsen und Wachstumsrisiken



Der EZB-Rat beschloss auf seiner Sitzung vom 24. Januar, dass die Leitzinsen zumindest bis zum Sommer 2019 unverändert bleiben. Man beabsichtigt, die im Rahmen des Quantitative-Easing-Programms (QE) angesammelten 2.600 Mrd. € an Anleihen weiterhin zu reinvestieren. EZB-Präsident Mario Draghi kommentierte das Treffen wie folgt: Die Wirtschaftsindikatoren für das Euro-Währungsgebiet sind weiterhin schwächer als erwartet. "Die Risiken für die Wachstumsaussichten des Euroraums sind aufgrund der anhaltenden Unsicherheiten im Zusammenhang mit geopolitischen Faktoren, der Gefahr von Protektionismus, der Verwundbarkeit in Schwellenländern und der Volatilität der Finanzmärkte rückläufig... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Europäische Agenturen :

ArianeGroup wird eine Mondmission für die ESA durchplanen.



Am 21. Januar beauftragte die Europäische Weltraumorganisation (ESA) die ArianeGroup, ein Trägerunternehmen, mit der Durchführung einer Studie über die Möglichkeit einer Mondlandung vor 2025, die eine Premiere für Europa wäre und ein erster Schritt für eine autonome menschliche Präsenz wäre. "Ich bin überzeugt, dass die Eroberung des Weltraums für die Zukunft der Menschheit im Allgemeinen von entscheidender Bedeutung ist", sagte André-Hubert Roussel, Vorstandsvorsitzender der Gruppe. "Europa muss seinen Platz einnehmen." "Die Rückkehr zum Mond ist möglich", so der neue Chef der Trägerfirma weiter, denn 2019 jährt sich zum fünfzigsten Mal der erste Schritt des Menschen auf den Mond... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Deutschland :

Unterzeichnung des Aachener Vertrages



Am 22. Januar unterzeichneten Frankreich und Deutschland den Vertrag von Aachen, einen neuen Kooperationsvertrag, der über den Elysée-Vertrag von 1963 hinausgeht. Der Vertrag zielt darauf ab, die Zusammenarbeit in den Bereichen Außenpolitik, Außen- und Innenverteidigung beider Länder zu vertiefen, um ihre gemeinsamen Interessen besser zu vertreten. Die Kanzlerin sagte, sie wolle mit diesem Vertrag der "Einheit der europäischen Staaten" einen Impuls geben. Zu den Neuerungen dieses Vertrags gehören ein deutsch-französischer Verteidigungs- und Sicherheitsrat als politisches Organ zur Steuerung der gegenseitigen Verpflichtungen, ein Ausschuss von Wirtschaftsexperten für Empfehlungen und eine bessere grenzüberschreitende Zusammenarbeit... [Fortsetzung](#)

Spanien :

Leitfaden für Informationen zur Cybersicherheit



Die spanische Regierung hat einen Informationsleitfaden über die verschiedenen Risiken der Cybersicherheit - Datendiebstahl, Kontrolle von Websites oder Netzwerken... - und Möglichkeiten, darauf zu reagieren, online gestellt. Die spanische Initiative, die in einer öffentlich-privaten Partnerschaft entwickelt wurde, wird als erste in Europa vorgestellt, die alle diese Informationen auf einer einzigen Website zentralisiert... [Fortsetzung](#)

Frankreich :

Die französische Datenschutzbehörde CNIL verurteilt Google



Am 21. Januar teilte die französische Datenschutzbehörde (CNIL) mit, dass sie Google eine Geldbuße in Höhe von 50 Millionen Euro auferlegt hat, weil das Unternehmen die im Mai letzten Jahres in der Europäischen Union in Kraft getretene Datenschutzverordnung (DGSVO) nicht eingehalten hat. Nach Beschwerden der Verbände None Of Your Business und Quadrature du Net leitete die CNIL die Untersuchung ein. Die CNIL, die sich als erste auf diese neuen europäischen Vorschriften stützt, ist der Ansicht, dass "ein Mangel an Transparenz, unbefriedigende Informationen und keine gültige

Griechenland :

Das Parlament ratifiziert das Namensabkommen mit Mazedonien.



Am 25. Januar ratifizierte das griechische Parlament das Prespes-Abkommen über den neuen Namen Mazedoniens - "Republik Nordmazedonien" - mit 153 zu 146 Stimmen. Das "historische" Abkommen, das von den mazedonischen und griechischen Premierministern Zoran Zaev und Alexis Tsipras ausgehandelt und am 17. Juni 2018 unterzeichnet wurde, beendet einen 30-jährigen Streit zwischen den beiden Nachbarländern und eröffnet Mazedonien Perspektiven für eine EU- und NATO-Mitgliedschaft... [Fortsetzung](#)

Lettland :

Neue Regierung unter der Leitung von Krišjānis Kariņš



Am 23. Januar gewann die neue lettische Regierung unter der Leitung von Krišjānis Kariņš (Neue Einheit) das Vertrauen des Parlaments (Saeima) mit 61 zu 39 Stimmen. Als scheidender europäischer Abgeordneter leitet Herr Karins eine Fünf-Parteien-Koalitionsregierung: Neue Konservative Partei, Entwicklung/für, Nationale Allianz, KPV LV und Neue Einheit. Die Regierung hat 14 Minister, darunter 4 Frauen. Seine Ernennung erfolgte nach den Parlamentswahlen vom 6. Oktober letzten Jahres... [Fortsetzung](#)

Großbritannien :

Theresa May sucht einen "Plan B" für das Brexit-Abkommen.



Am 21. Januar präsentierte die britische Premierministerin Theresa May einen "Plan B" für den Brexit, mit dem das Abkommen über den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union geändert werden soll. Sie bekräftigte ihre roten Linien und lehnte insbesondere einen Brexit ohne Zustimmung und ein zweites Referendum ab, das den "sozialen Zusammenhalt beeinträchtigen" könnte. Gleichzeitig versprach sie, dem Parlament folgende Themen ernster zu nehmen: das Sicherheitsnetz für die irische Grenze und das künftige Handelsabkommen zwischen dem Vereinigten Königreich und der Europäischen Union. Die Abstimmung ist für den 29. Januar geplant... [Fortsetzung](#)

Schweiz :

Weltwirtschaftsforum in Davos



Vom 23. bis 26. Januar fand in Davos, Schweiz, die 49. Ausgabe des Weltwirtschaftsforums zum Thema der digital basierten industriellen Revolution statt. Klimawandel und Verlust der biologischen Vielfalt beherrschten die Diskussionen ebenso wie die Verteidigung des Multilateralismus und die Bedeutung des Dialogs, den Bundeskanzlerin Angela Merkel und der chinesische Vizepräsident Wang Qishan befürworteten... [Fortsetzung](#)

Europarat :

Gewährleistung der freien Durchfahrt im Asowschen Meer und in der Kertschstraße



Am 24. Januar brachte die Parlamentarische Versammlung des Europarates ihre "ernste Besorgnis" über die zunehmenden Spannungen zwischen Russland und der Ukraine im Asowschen Meer und in der Kertschstraße zum Ausdruck, die eine Bedrohung für die europäische Sicherheit darstellen. Die Versammlung forderte die russischen und ukrainischen Behörden auf, "die freie Durchreise in dem Gebiet zu gewährleisten" und von allen weiteren Maßnahmen abzusehen, die "den Konflikt verschärfen und die Sicherheit in der gesamten Region gefährden könnten"... [Fortsetzung](#)

Die Situation der Mitglieder der politischen Opposition in der Türkei verschlechtert sich.



Am 24. Januar erörterte die Parlamentarische Versammlung des Europarates die "Verschlechterung" der politischen Situation in der Türkei in Bezug auf die Rechte und Freiheiten der Meinungsäußerung, der Versammlungsfreiheit und der Situation von Mitgliedern der politischen Opposition. Man nahm eine EntschlieÙung an, in der man die türkischen Behörden aufforderte, "die Rechte der Mitglieder der Oppositionsparteien

uneingeschränkt zu achten", "die parlamentarische Immunität zu schützen und zu achten" und "Abgeordnete und ehemalige Abgeordnete, deren Immunität 2016, unter Verstoß gegen die Normen des Europarates, aufgehoben wurde, freizulassen"...
Fortsetzung

NATO :

NATO-Russland Rat



Am 25. Januar tagte der NATO-Russland-Rat in Brüssel. Die 29 Verbündeten und Russland erörterten die Lage im Asowschen Meer und in der Ostukraine. Die Alliierten forderten Russland auf, die im vergangenen November beschlagnahmten Seeleute und Schiffe freizugeben. Der Rat erörterte ferner den INF Vertrag. Die Verbündeten waren sich einig, dass Russland gegen den Vertrag verstößt, und forderten Russland nachdrücklich auf, zu einer vollständigen und überprüfbaren Einhaltung zurückzukehren... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

WTO :

Diskussionen über den elektronischen Geschäftsverkehr



Auf einem informellen Ministertreffen auf dem Weltwirtschaftsforum am 25. Januar in Davos beschlossen 75 Mitgliedstaaten der Welthandelsorganisation (WTO), darunter auch die der Europäischen Union, die handelspolitische Zusammenarbeit voranzutreiben und ab März 2019 Verhandlungen aufzunehmen, um "wirklich umfassende und ehrgeizige" globale Regeln für den elektronischen Handel festzulegen. Die Verhandlungen sollten zu einem multilateralen Rechtsrahmen führen, der es Verbrauchern und Unternehmen leichter und sicherer macht, online zu kaufen, zu verkaufen und Geschäfte zu tätigen... [Fortsetzung](#)

Eurobarometer :

Wahrnehmungen von Antisemitismus in Europa



Laut einer am 22. Januar veröffentlichten Eurobarometer-Umfrage halten 50 % der Befragten in allen Mitgliedstaaten Antisemitismus für ein Problem in ihrem Land. 39% sind der Meinung, dass der Antisemitismus auf dem gleichen Niveau wie vor fünf Jahren ist, und 36% glauben, dass er zugenommen hat. 53% (gegenüber 38%) glauben, dass ihr Land mit einem Problem der Leugnung des Holocaust konfrontiert ist. 6 von 10 Europäern glauben, dass der Holocaust in der Schule nicht ausreichend thematisiert wird. 54% sind der Ansicht, dass die Konflikte im Nahen Osten einen Einfluss auf die Wahrnehmung der Juden in ihrem Land haben... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Eurostat :

Der Tourismus nimmt zu



Nach den ersten Schätzungen von Eurostat, die am 23. Januar veröffentlicht wurden, wird die Zahl der Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben in der Union für Geschäfts- oder Freizeitaufenthalte im Jahr 2018 voraussichtlich mehr als 3,1 Milliarden betragen, was einem Anstieg von 2,2% gegenüber 2017 entspricht...

[Fortsetzung](#)

Berichte / Studien :

Bericht über "Goldene Pässe und Visa".



Am 23. Januar veröffentlichte die Kommission einen Bericht über die Staatsbürgerschaft in der EU. In den letzten Jahren entwickelte sich der zunehmende Trend, neue Staatsbürgerschaftsregelungen für Investoren ("goldener Reisepass") und neue Aufenthaltsregelungen für Investoren ("goldenes Visum") einzuführen, die weniger strenge Bedingungen als üblich haben (keine Wohnsitzpflicht oder tatsächliche Verbindungen zu dem Land). Der Bericht zählt die mit diesen Programmen verbundenen Risiken auf, wie Geldwäsche, Steuerbetrug oder Korruption, aber auch Sicherheit auf Gemeinschaftsebene. In dem Bericht wird auch auf die mangelnde Transparenz bei der Durchführung dieser Programme und die mangelnde Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten hingewiesen... [Fortsetzung](#)

Die Briten sind beim Thema Breit gespalten

Keine der angebotenen Lösungen für den Brexit findet die mehrheitliche



Unterstützung der britischen Bevölkerung, nur die Ablehnung des von Premierministerin Theresa May ausgehandelten EU-Ausstiegsabkommens ist, laut einem am 22. Januar veröffentlichten Bericht "Brexit und öffentliche Meinung 2019", bei fast allen Befragten sicher. "Bisher scheint keine Option die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich zu vereinen", heißt es im Bericht... [Fortsetzung](#)

Studie über das Shoah-Gedenken



Die Universität Yale und das Grinnell College veröffentlichten anlässlich des Internationalen Tages des Gedenkens an die Opfer des Holocaust am 27. Januar eine für die Europäische Union erstellte Studie über das Gedenken an den Holocaust in Europa, durch das progressive Judentum. Der Bericht stellt ein Phänomen des Revisionismus fest, aber auch eine Tendenz in mehreren Ländern, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen...

[Fortsetzung](#)

Das Wachstum im Euroraum ist nahezu stagnierend.



Die Veröffentlichung der Indikatoren für das Vertrauen der Unternehmen der Eurozone am 24. Januar gibt Anlass zu der Befürchtung einer starken Konjunkturabschwächung. Dieses Niveau ist "immer näher an der Stagnation" und "deutet auf ein sehr geringes Wachstum der Wirtschaftstätigkeit in der Region hin", so Markit in seiner Erklärung...

[Fortsetzung](#)

800.000 Menschen profitierten 2017 von Erasmus+.



Am 24. Januar veröffentlichte die Kommission ihren Jahresbericht über das Erasmus+-Programm für 2017. Der Bericht zeigt, dass die Europäische Union 2,6 Milliarden Euro in diesen Bereich investiert hat, was einer Steigerung von 13% gegenüber 2016 entspricht. Er unterstreicht eine größere Offenheit für Menschen mit benachteiligten gesellschaftlichen Hintergründen. Insgesamt nahmen 2017 800.000 Menschen an diesem Programm teil, um im Ausland zu studieren, sich weiter zu bilden oder sich freiwillig zu engagieren, 10% mehr als 2016, davon 160.000 für die berufliche Bildung und 158.000 für sozialpädagogische Projekte...

[Fortsetzung](#)

Kultur :

Manifest gegen den Aufstieg des Populismus in Europa



Dreißig europäische Schriftsteller haben am 25. Januar einen Appell unterzeichnet, der das "Haus Europa" vor dem "Feuer" des Populismus bewahren soll. Dem "Europa der Nationen und der Erhaltung verlorener Identitäten" setzen sie die "Zivilisation" und die Erhaltung der "Demokratie und ihrer Werte" entgegen. Im Hinblick auf die nächsten Europawahlen im Mai fordern sie die Bürger auf, ihre Entschlossenheit, die europäische Integration fortzusetzen, zu erneuern...

[Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Vinterjazz festival in Dänemark



Vom 1. bis 24. Februar finden in ganz Dänemark mehr als 600 Jazzkonzerte statt, von Skagen im Norden bis Flensburg im Süden, von Fanø im Westen bis Bornholm im Osten, im Rahmen des internationalen Vinterjazz-Festivals...

[Fortsetzung](#)

Prager Filmmusikfestival



Vom 1. bis 4. Februar beherbergt Prag die berühmtesten Filmmusikkomponisten im Rahmen des Filmmusikfestivals. Das Festival beginnt mit einem Konzert von John Powell, dem Komponisten der Musik für den Film "Solo: A Star Wars Story", der seine Musik mit der Prager Philharmonie aufführen wird...

[Fortsetzung](#)

Bill Viola und Michelangelo in der Royal Academy of Arts in London.



Bis zum 31. März stellt die Royal Academy of Arts in London erstmals die Werke von dem amerikanischen Filmemacher Bill Viola und Michelangelo gemeinsam aus. Der Name der Ausstellung "Leben, Tod,

Wiedergeburt" erinnert an die universellen Themen, an denen die beiden Künstler mehrere Jahrhunderte auseinander gearbeitet haben... [Fortsetzung](#)

Rembrandt und das Goldene Zeitalter der Niederlande



350 Jahre nach seinem Tod feiern die Niederlande das Leben und das Erbe des niederländischen Malers Rembrandt mit Ausstellungen im ganzen Land, die eine Reihe seiner Werke und den Reichtum des niederländischen Goldenen Zeitalters zeigen. Vom 31. Januar bis 15. September zeigt das Mauritshuis Museum in Den Haag achtzehn Gemälde von Rembrandt oder ihm zugeschriebene Werke... [Fortsetzung](#)

BRAFA Kunstmesse in Brüssel



Die Brafa (Brussels Art Fair) findet bis zum 3. Februar in Brüssel statt. Mehr als 130 Aussteller, Kunstgalerien und Händler werden mit einer Auswahl von Werken aus verschiedenen Fachbereichen wie Antiquitätenmalerei, Keramik, Comics und Stammeskunst vertreten sein. Täglich werden "Arts Talks" mit Experten aus der Kunstwelt angeboten... [Fortsetzung](#)

Picasso, die blaue und rosa Periode bei der Beyeler Stiftung



Viele Gemälde aus der blauen und rosa Episode von Pablo Picasso sind vom 3. Februar bis 26. Mai in der Beyeler Stiftung in Basel ausgestellt. Zum ersten Mal in Europa wird eine Fülle von Picassos Gemälden und Skulpturen aus den Jahren 1901 bis 1906 gemeinsam ausgestellt...

[Fortsetzung](#)

Oper Rara Festival in Krakau



Vom 31. Januar bis 17. Februar präsentiert das Festival Opera Rara in Krakau große Opernwerke, die von den größten Musikern im Zeitgeist aufgeführt werden. Das Festival wird gemeinsam von Capella Cracoviensis organisiert, einem professionellen Musikensemble, das sich auf Alte Musik auf historischen Instrumenten spezialisiert hat... [Fortsetzung](#)

Agenda :



28. Januar
Brüssel
Rat "Landwirtschaft und Fischerei"



29. Januar
London
Brexit Abstimmung des Unterhauses



30. bis 31. Januar
Bukarest
Treffen der Verteidigungsminister
Brüssel
Kleine Plenarsitzung des Europäischen Parlaments



31. Januar bis 01. Februar
Bukarest
Informelles Treffen der Außenminister

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



Die Redaktion des Newsletters :

Thomas de Robiano, Helen Levy ;
Victoire Bortoli, Chloé Hellot, Natasha Hroneska, Sophie van der Heijden
Chefredakteur : Eric Maurice
Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Robert-Schuman-Stiftung wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}